Einzelnummer 10 Pfennig

Arbeiterstimme

Nur Rädel Renner Siegel Sindermann Glatzer, Helene Mätzig Neuhof Liste 5

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale

Beilagen: Der rote Stern / Bilder der Woche / Der proletarische Kulturkampf / Mensch und ... / Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der revolutionäre Jungarbeiter / Der kommun. Genossen

Bezugspreis monatl. frei Haus 2,50 M. (halbmonatl. 1,25 M.), durch die Post bezogen monatl. 2,20 M. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H., Dresden-A. / Geschäftsstelle u. Expedition Güterbahnhofstr. 2 / Fernsprecher: 17259 / Postscheckkonto: Dresden Nr. 18690, Dresdner Verlagsgesellschaft / Schriftleitung: Dresden-A., Güterbahnhofstr. 2 / Fernspr. Amt Dresden Nr. 17259 / Drahtanschrift: Arbeiterstimme Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Mittwochs 16—18 Uhr, Sonnabends 13—14 Uhr

Anzeigenpreis: Die neunmal gespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum ... Zeile 1,50 RM, Anzeigen 0,20 RM. für die Reklamezeile anschließend an den dreispaltigen Teil ... Güterbahnhofstraße 2 / Die „Arbeiterstimme" erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

5. Jahrgang — Dresden, Dienstag den 23. April 1929 — Nummer 94

Die Industriellen finanzieren ihre Lakaien

Der Arbeiter trägt die Kosten

Antwortet durch Stärkung des Wahlfonds der KPD, Liste 5!

Die sächsischen Wahlen des Jahres 1929 haben eine Bedeutung, die weit über Sachsens Grenzen reicht. Das erklärt auch die ungeheuren Anstrengungen, die das vereinigte Bürgertum macht, um die rapid ansteigende rote Welle zum Stehen zu bringen und wenn möglich zurückzuschlagen. So wurde die Staatskanzlei von den Sozialfaschisten — die natürlich im Auftrag ihrer höheren Instanz, dem Verband Sächsischer Industrieller handeln — zu einem Wahl- und Lierteidigungsbureau der Heldt und Krug von Nidda eingerichtet. Von hier aus wird der Wahlkampf der Koalition geleitet.

Wo aber stecken die Geldgeber?

Daß die bürgerlichen Parteien von den Industriellen ausgehalten werden, ist nichts Neues — zwar sind die Formen des Aushaltung verschieden und meistens bleiben sie der breiten Oeffentlichkeit verborgen. Doch die Tatsache selbst ist bekannt. Jetzt wird in der SPD-Presse ein Rundschreiben des Verbandes Sächsischer Industrieller veröffentlicht, das besser als alles andere den plumpen Schwindel von der „Herrschaft der Demokratie in Deutschland" entlarvt.

380 000 RM pro Monat bezahlen die Unternehmer zur Bestreitung der Wahlunkosten dem Bürgertum.

Das Rundschreiben, das vom 13. April datiert, lautet:

„Der Gesamtvorstand hat in seiner Sitzung vom 12. April d. J. zu den bevorstehenden Landtagswahlen einstimmig die diesem Schreiben beiliegende Erklärung beschlossen.

Um diesem Beschluß gebührenden Nachdruck zu verleihen, ist eine schneidige Wahlpropaganda gegen den Linksradikalismus notwendig. Es ist eine wichtige Aufgabe des Verbandes, sich an der Aufbringung der Mittel namhaft zu beteiligen, um damit bei völliger Aufrechterhaltung seiner parteipolitischen Neutralität die Möglichkeit zu gewinnen, auf

die dringend notwendige Sicherstellung des Burgfriedens unter den bürgerlichen Parteien

während des jetzigen Wahlkampfes nachdrücklichst hinzuwirken. Der Gesamtvorstand hat daher einstimmig beschlossen, sämtliche Mitglieder des Verbandes Sächsischer Industrieller aufzufordern, einem von ihm bei der Allgemeinen Deutschen Creditanstalt, Dresden-A., Altmarkt 16, eingerichteten „Wahlkonto" des Verbandes Sächsischer Industrieller einen angemessenen Beitrag zu überweisen. Die Höhe des Beitrages ist in keiner Weise begrenzt, der Gesamtvorstand erachtet es aber für unbedingt erforderlich, daß

jede Mitgliedsfirma mindestens 25 Pf. pro Arbeiter und Monat

für die Monate April und Mai an dieses Konto abführt.

Die Abführung kann für jeden Monat getrennt oder auch in einmaliger Zahlung erfolgen. Für freiwillige, über diese Mindestsätze hinausgehende Spenden ist der Gesamtvorstand besonders dankbar.

Der Gesamtvorstand hofft, daß sämtliche Mitglieder mit Rücksicht auf die außerordentliche Bedeutung, die die diesmaligen Landtagswahlen für die gesamte sächsische Wirtschaft haben, seinem Appell einmütig Rechnung tragen und bei der Bemessung ihres Beitrages zu unserem Wahlfonds die Tatsache würdigen, daß die Anhänger der radikalen Linksparteien für die Förderung ihrer Ideen laufend große Opfer bringen.

Wittke, Vorsitzender. Miethke, stellv. Syndikus."

„Pro Arbeiter und Monat 25 Pf." — das ergibt für einen Monat, wenn man das Ergebnis der letzten Berufszählung, das rund 500 000 Angestellte und 1,5 Millionen Arbeiter ergab, zugrunde legt, das nette Sümmchen von 380 000 RM! Die gelben Unternehmer aber haben kein Geld für Lohnerhöhungen. Denkt an die Schandschiedssprüche, die gefällt wurden gegen die Textilarbeiter und andere Arbeiterkategorien!

Allein diese Tatsache zeigt, wie sehr die Heldtregierung zur Zufriedenheit ihrer Auftraggeber gearbeitet haben muß, daß sie einer so großen Unterstützungsaktion würdig erscheint. Uns überrascht die organisierte Finanzaktion nicht. Die Korrumpierung des öffentlichen Lebens ist eine Begleiterscheinung der bürgerlichen Demokratie und des kapitalistischen Staates. Darum sind alle bürgerlichen Parteien einschließlich ihrer geheimen Verbündeten, der SPD, beteiligt. Das Geheul, das die sozialdemokratische Presse ob des Rundschreibens anstimmt, ist lediglich diktiert von dem Gedanken, die Oeffentlichkeit von den Korruptionsfällen der SPD abzulenken. Das Abkommen des SPD-Parteivorstandes mit der Ullstein-„Mottenpost" hat bei den sozialdemokratischen Arbeitern begreiflicherweise große Erregung hervorgerufen. Scharf wenden sie sich gegen die immer offener zutage tretende Verbürgerlichung der SPD. Die Opposition ist gewiß noch unklar und inkonsequent, doch haben die reformistischen Führer alle Hände voll zu tun, um selbst diese Opposition nicht noch mehr anwachsen zu lassen. Mit den raffiniertesten Methoden versuchen sie, die rebellierenden SPD-Arbeiter am SPD-Parteikarren zu halten.

Die Arbeiter opfern für Liste 5!

Weitere Sammelergebnisse

Stadtteil 1: 3. Rate 100,— Mark
Stadtteil 2: 2. Rate 154,05 Mark
Stadtteil 3: 2. Rate 50,— Mark
Stadtteil 5: 2. Rate 74,20 Mark
Stadtteil 6 (Löbtau und Cotta): 2. Rate 211,14 Mark
Ortsgruppe Ebersbach: 1. Rate 84 Mark
Ortsgruppe Bertsdorf: 1. Rate 50 Mark
KFB Lausa: 5 Mark
Ortsgruppe Dobrich: 1. Rate 60 Mark

Wurden nicht die Wahlkosten der SPD jahrelang vom „Heimatdienst" getragen?

Hat die SPD nicht ebenfalls selbst von Unternehmern große Summen, noch dazu unter der Bedingung, den Wahlkampf scharf gegen die Kommunistische Partei zu führen, nicht nur angeboten bekommen, sondern auch tatsächlich das Geld angenommen und verwandt?

Die „Linken" in Sachsen haben Pech. Ihre Verwirrungs- und Ablenkungsmanöver sind nicht geschickt genug, als daß noch ein Arbeiter darauf hereinfallen könnte. Diese Beispiele aber zeigen zu deutlich, was es mit der ganzen vielgerühmten „Demokratie" auf sich hat. In den Händen der Bourgeoisie befinden sich die Produktionsmittel, sie beherrscht den Staatsapparat mit all seinen Unterdrückungsmaschinen. Sie kaufen die Presse und sie kaufen auch die einzelnen offen oder versteckt bürgerlichen Parteien, wenn es im Interesse ihrer Machterhaltung notwendig ist. Sie lassen durch ihre Lakaien, die Reformisten, die Arbeiterorganisationen spalten, Demonstrationen am 1. Mai verbieten. Willig vollzieht die SPD als die treueste und zuverlässigste Stütze der kapitalistischen Gesellschaft, diese Henkersarbeit. Um so notwendiger aber ist es, daß die Massen der Unterdrückten und Ausgebeuteten sich fester denn je um die einzige Partei scharen, die unerschrocken und konsequent ihre Interessen vertritt. Die Antwort aller Arbeiter auf die Aufdeckung der Korruption im Wahlkampf muß sein: Kampf der Kapitalsherrschaft! Kampf dem Sozialverrat!

Wenn dieselben Unternehmer, die kein Geld für Lohnerhöhungen haben, wenn die Reformisten Schandschiedssprüche fällen, die jahrelange Verlängerung des Tarifs vorsehen, dann kann die Antwort der Arbeiter nur lauten:

Jeder Arbeiter stärkt den Wahlfonds der KPD!

Jeder klassenbewußte Arbeiter zahlt dem Kampffonds der KPD mindestens 25 Pf.

Massenmobilisierung der Arbeiter in Stadt und Land

für machtvollen Aufmarsch am 1. Mai,
für den Sieg der Liste 5 am 12. Mai,
für den Sturz der herrschenden Gesellschaft,
für die Diktatur des Proletariats!

Neues Millionengeschenk Hilferdings an die Großbanken

Die Staatskassen sind leer. Hilferding, das Finanzgenie der Koalitionsregierung, war sehr stolz darauf, daß er im Monat März von den Großbanken einen Kredit von 150 Millionen Mark erhielt. Dafür wurde die „Kleinigkeit" von 7½ Prozent an Zinsen und von 0,5 pro mille auf je 16 Tage gezahlt. Rund eine Million Mark steckten die Banken an Zinsen und an Provision ein. Das Geld wurde zurückgezahlt. Jetzt benötigt das Reich für Ende April wieder 180 Millionen Mark. Die großbürgerliche Presse erklärt, die Erwerbslosen wären schuld, die Erwerbslosenunterstützung hätte die Kassennöte des Reichsfinanzministeriums verursacht. Von den ungeheuren Subventionen, die unter der Aera Hilferding an die Schwerindustrie verschenkt wurden, wird natürlich nicht gesprochen. Selbstverständlich denkt auch dieser nicht daran, die Subventionen und die Kredite an das Kapital abzubauen. Getreu dem Rezept des Großkapitals wird nur der Abbau der Erwerbslosenfürsorge und der sozialen Ausgaben geplant. Augenblicklich heißt es wieder von den Großbanken zu pumpen. Die Großbanken sind auch bereit, gegen 8½ Prozent Zinsen das Geld dem Reich wieder zu borgen, jedoch stellen sie ihre eigenen Bedingungen. Der gut informierte Wirtschaftsredakteur der Vossischen Zeitung, Lewinsohn, weiß darüber zu berichten:

„Nun kommen die Banken mit einer Sonderforderung. Sie verlangen nämlich, daß das Reich ihnen für ihren Gefälligkeitskredit — Geld gegen 8½ Prozent — auch eine Gefälligkeit erweist. Es soll die Kapitalertragssteuer aufheben oder wenigstens für die Banken beseitigen."

Nach der Berechnung Lewinsohns handelt es sich bei der Kapitalertragssteuer um nicht weniger als eine Reichseinnahme von 180 Millionen Mark. Mit anderen Worten: das Reich soll den Bankiers 180 Millionen Mark dafür schenken, daß diese dem Reich einen kurzfristigen Kredit von 180 bis 200 Millionen Mark gegen 8½ Prozent Zinsen gewähren. Ein solches Geschäft würde dem 700-Millionen-Geschenk an die Ruhrindustriellen würdig zur Seite stehen.

Die Großbanken begründen ihre freche Forderung damit, daß die Aufhebung der Kapitalertragssteuer im Interesse der „Belebung der Wirtschaft" nötig sei. Ein Argument, vor dem Herr Hilferding sich sicherlich nicht verschließen kann.

Diese und ähnliche Pläne zeigen den Weg der Diktatur des Finanzkapitals, den Weg der Koalitionsregierung. Die Ausplünderung der Massen und die Millionengeschenke an das Großkapital bilden zwei Seiten ein und derselben Politik. Gegen diesen Kurs der Massenbesteuerung und der Steuergeschenke an die Bank- und Industriekönige gilt es den einheitlichen außerparlamentarischen Massenkampf zu führen.

1 Jahr Festung!

Neues Schandurteil gegen einen kommunistischen Redakteur

Leipzig, 23. April. (Eig. Drahtbericht)

Gestern fand vor dem 4. Strafsenat des Reichsgerichts die Hauptverhandlung gegen den ehemaligen verantwortlichen Redakteur der „Kölner Sozialistischen Republik", Genossen Klepper, Sekretär der kommunistischen Reichstagsfraktion, wegen Vorbereitung zum Hochverrat statt. Obwohl die Richter durch ihr Urteil gegen die Genossen Hauschild und Steinicke sich schon vorher festgelegt hatten und deswegen von dem Verteidiger Obuch als befangen abgelehnt wurden, wiesen sie den Vorwurf der Befangenheit zurück und verhandelten weiter. Genosse Obuch

Kurt Sindermann spricht morgen Mittwoch

der Kandidat der Liste 5

20 Uhr, das erstemal seit seiner Rückkehr aus Moskau

im Keglerheim Friedrichstr. (großer Saal)

RFB Groß-Dresden stellt 19 Uhr Fischhofplatz mit Fahnen, Wahltransparenten und Kapellen — Betriebsdelegationen ebenfalls / KPD, RFB